



Ökumenisches *Netz* in *D*eutschland für *G*erechtigkeit, *F*rieden und *B*ewahrung der *S*chöpfung

Solidarische Bürgerversicherung fair teilen statt sozial spalten

Arbeitskreis Ökonomie und Kirche Berlin

www.oekonomie-und-kirche.de

Kontaktanschrift: barbara.haehnchen@gmx.de

Panketal im März 2010

Liebe Alle, die am Konzept „**Solidarische Bürgerversicherung – fair teilen statt sozial spalten**“ interessiert sind!

Viel Trubel gibt es, seit die FDP den Kurs vor allem in der Gesundheits- und Steuerpolitik bestimmt. Aber diese Partei hat seitdem schon erheblich an Akzeptanz verloren. Eigentlich ist sie nur noch ein Zwerg in der Koalition, rechnet man die Zahl ihrer Anhänger aus. 15 % war ihr Wahlergebnis. Das sind aber von den Wahlberechtigten nur knapp 11 %. Durch das nähere Bekanntwerden insbesondere des Kopfpauschalenvorhabens stürzte die Zustimmung zur FDP gegen 8 % in Umfragen. Das gesellschaftliche Echo war vernichtend. Initiativen gegen die Kopfpauschale sprießen von allen Seiten.

Wie kann man das auf einfache Art und Weise unterstützen, werden Interessierte fragen. Hier folgt ein Link, der direkt zu **Campact** führt. [Stoppen Sie diese Politik der Entsolidarisierung!](#) Man kann dort direkt unterzeichnen gegen die Kopfpauschale und für gerechte Krankenversicherung. Rund 63 Tausend haben schon mitgestimmt.

In der ARD-Sendung mit Anne Will vom 7. März sagte die Moderatorin, dass rund 80 % in Befragungen gegen die Kopfpauschale sind.

Trotzdem reicht das nicht. Im Gegenteil ist allergrößte Vorsicht geboten. Am 4. März äußerte sich die Kanzlerin gegenüber der Berliner Zeitung:

*Sie verweist darauf, dass wesentliche Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik stets gegen den jeweils aktuellen Willen einer Mehrheit in der Bevölkerung gefallen seien und nennt die Wiederbewaffnung, den Nato-Doppelbeschluss, die Einführung des Euro. "Das ist Ausdruck des Primats der Politik." Später hätten solche Richtungsentscheidungen stets breiten Rückhalt in der Bevölkerung gefunden. Sie sei deshalb überzeugt: "Es ist richtig, dass wir eine repräsentative und keine plebiszitäre Demokratie haben." Sie sei auch ganz gelassen, wenn Projekte ihrer schwarz-gelben Regierung wie die Absage an den gesetzlichen Mindestlohn, die **Kopfpauschale** oder längere Laufzeiten für Atomkraftwerke keine demoskopische Mehrheit hätten.*

Die Kanzlerin kann offensichtlich so deutlich sein wie nie zuvor. Sie wird sich nicht kümmern um den Mehrheitswillen, das sagt sie doch hier und scheut sich nicht einmal vor nicht beweisbaren Behauptungen.

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestags-Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nach der Finanzierbarkeit des steuerfinanzierten sozialen Ausgleichs im geplanten Kopfpauschalensystem antwortete das Bundesfinanzministerium. Es bewies das FDP-Vorhaben als völlig realitätsuntauglich. Der

Staatssekretär Daniel Bahr wies das zurück, konnte aber in der ARD-Talkshow von Anne Will nichts Konkretes dazu sagen. Er behauptete, es sei **keine** Steuererhöhung notwendig. Und konnte nicht erklären, wie der versprochene „**automatische soziale Ausgleich**“ erfolgen sollte, damit die Antragstellers für mindestens 20 Millionen Betroffene vermieden werden könnte.

Über die Höhe der Kopfpauschale (Gesundheitsprämie) sei man sich noch nicht einig, sie solle ja auch nur allmählich eingeführt werden und nicht den gesamten, bisher einkommensabhängigen Beitrag ersetzen. Allerdings betonte er, Eigenbeteiligung müsse es weiterhin geben.

Wir wissen es: „**Eigenbeteiligung**“ bedeutet immer, dass die Versicherten **aus ihrem Netto bezahlen** müssen und zwar nach Kopfpauschalenprinzip. Man denke an Praxisgebühr, Zuzahlungen und volle Bezahlung der zahlreichen medizinischen Leistungen, die aus der Gesetzlichen Krankenversicherung ausgegliedert wurden und laufend werden. Alle zahlen dann den gleich hohen Geldbetrag, das Solidarprinzip entfällt. Zugleich entlarvt sich Westerwelles Wahlparole „**Mehr Netto vom Brutto**“ als Lüge.

Im folgenden Link befindet sich die Sendung als Video:

<http://daserste.ndr.de/annewill/videos/annewill1732.html> . Sie ist sehr empfehlenswert. Besonders beeindruckend ist die Argumentation von Bärbel Höhn.

Wir setzen der Kopfpauschale und überhaupt der FDP-Gesundheitsreform unsere im ÖNiD beschlossene „Solidarische Bürgerversicherung – fair teilen statt sozial spalten“ entgegen.

Am 19. Februar fand in Darmstadt die auf der ÖNiD-Homepage angekündigte **Veranstaltung zur Bürgerversicherung** statt, organisiert vom DGB in Hessen.

Ich habe für alle Interessierten in einem Anhang ein **Konzentrat des Podiumsgesprächs** aufgeschrieben, weil es davon keine Aufnahme gibt. Moderiert hatte die Professorin Anne Lenze. Sie hat der Richterin am BVerfG, Frau Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, aber natürlich auch den anderen Teilnehmern zahlreiche, sehr interessante Fragen gestellt, die für unsere Bürgerversicherung relevant sind. Nach meiner Meinung sind die jeweiligen Antworten es ausnahmslos wert, festgehalten zu werden. Auch weil wir in unser Konzept Vorschläge von Anne Lenze aufgenommen hatten. (Siehe dazu die Langfassung unter www.oekonomie-und-kirche.de sowie unter „Fachgruppen und Projekte“ auf der ÖNiD-Homepage www.oenid.net .)

Ich selbst habe in der letzten Zeit mehrere Vorträge mit Diagrammen gegen das Kopfpauschalenprinzip und für unsere „**Solidarische Bürgerversicherung – fair teilen statt sozial spalten**“ gehalten. Das biete ich auch weiterhin im Berliner Raum an. Ich arbeite in meine Vorträge natürlich die jeweils aktuellsten Informationen zum Reformgeschehen und entsprechende Bewertungen ein.

Damit verabschiede ich mich und grüße auch im Namen des Arbeitskreises herzlich!

Ihre /Eure

Barbara Hähnchen

Zur Rundmail gehört die Anlage:

Konzentrat des Podiumsgesprächs zur Bürgerversicherung vom 19. Februar